

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 01/0395/WP18
Federführende Dienststelle: FB 01 - Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung Beteiligte Dienststelle/n:		Status: öffentlich Datum: 10.08.2023 Verfasser/in:
Ratsanträge		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
23.08.2023	Rat der Stadt Aachen	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung an die jeweils zuständige Stelle (Bezirksvertretung, Fachausschuss, Oberbürgermeisterin).

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin

Erläuterungen:

Von den Fraktionen bzw. Ratsmitgliedern wurden Ratsanträge innerhalb der in § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat benannten Frist eingereicht, die als Anlage beigefügt sind.

Anlage/n:

Fristgerecht eingereichte Ratsanträge

Fraktion DIE Zukunft · Johannes-Paul-II.-Str. 1 - 52058 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sybille Keupen
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB01

09. Juni 2023

Nr. 359/18

Volt



Fraktion DIE Zukunft im Rat
der Stadt Aachen
Johannes-Paul-II.-Str. 1
52058 Aachen

Aachen, 09.06.2023

Ratsantrag Geschlechtergerechte Finanzplanung

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktion DIE Zukunft beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

In den künftigen Haushaltsplanungen der Stadt Aachen soll das Prinzip der "geschlechtergerechten Finanzplanung" zum Tragen kommen. Dazu sollen im Wesentlichen folgende Schritte umgesetzt werden:

- Analyse des letzten Haushalts nach den unten aufgeführten Kriterien
- Berücksichtigung der Analyseergebnisse in der Haushaltsplanung für das Jahr 2024

Was ist geschlechtergerechte Finanzplanung?

Geschlechtergerechte Finanzplanung (Übersetzung nach Abschlussbericht des Europarats aus dem Jahr 2004 im Originaltitel "Gender Budgeting"¹ und der offiziellen Definition des OECD²) ist ein Konzept, das darauf abzielt, Geschlechtergerechtigkeit in den Haushaltsplänen und finanziellen Entscheidungsprozessen von Regierungen und Organisationen sicherzustellen. Es basiert auf der Erkenntnis, dass staatliche Ausgaben- und Einnahmenpolitik

¹<https://rm.coe.int/1680596143>

²<https://www.oecd.org/gov/budgeting/gender-budgeting>

Geschlechterungleichheiten beeinflussen können und dass finanzielle Ressourcen gezielt eingesetzt werden sollten, um Geschlechtergerechtigkeit zu fördern.

Das Hauptziel besteht darin, die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von haushaltspolitischen Entscheidungen zu identifizieren und zu bewerten. Dies geschieht durch eine geschlechtsdifferenzierte Analyse der Budgets³, die darauf abzielt, zu verstehen, wie Ausgaben und Einnahmen verschiedene Geschlechtergruppen beeinflussen. Es soll festgestellt werden, ob bestimmte Politiken oder Programme geschlechtsspezifische Ungleichheiten verstärken oder verringern. Im Falle einer starken Ungleichheit können zudem die Erkenntnisse genutzt werden, um bei zukünftigen Entscheidungsfindungen durch einen Mechanismus im Findungsprozess diesen Auswirkungen vorzubeugen.

Geschlechtsdifferenzierte Analyse des Budgets

Die Umsetzung von Gender Budgeting erfolgt in der Regel in mehreren Schritten.

1. Zunächst werden geschlechtsspezifische Daten erhoben und analysiert, um ggf. bestehende Geschlechterungleichheiten zu identifizieren.
2. Anschließend werden geschlechtsspezifische Ziele und Indikatoren festgelegt, um die gewünschten Veränderungen zu messen.
3. Die Haushaltsplanung wird dann unter Berücksichtigung dieser geschlechtsspezifischen Ziele überarbeitet, um sicherzustellen, dass sie die Gleichstellung der Geschlechter fördert.

Dies kann bedeuten, dass Mittel umverteilt oder neue Programme eingeführt werden, um geschlechtsspezifische Ungleichheiten zu adressieren.

Ein Beispiel für die Durchführung der Datenerhebung findet sich in der Quelle in Fußnote [3]. Dort wird ein Leitfaden für eine Gender Budgeting Analyse am Beispiel der deutschen Konjunkturpakete I und II zur Verfügung gestellt.

³https://www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_sys/gleichstellung/gender_budgeting/MaraKuhl_ohneFragen_Literatur.pdf?1361541656

Ziele

Gender Budgeting zielt darauf ab, verschiedene Bereiche zu berücksichtigen, in denen Geschlechterungleichheiten auftreten können, wie z.B. Bildung, Gesundheit, Beschäftigung, soziale Sicherheit und Infrastruktur. Es geht darum, sicherzustellen, dass öffentliche Ressourcen gerecht und effizient verteilt werden, um die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen.

Durch die Integration in politische Entscheidungsprozesse soll Gender Budgeting dazu beitragen, geschlechtsspezifische Ungleichheiten zu verringern und die Lebensbedingungen für alle Geschlechter gleichermaßen zu verbessern. Es ist ein Werkzeug, um sicherzustellen, dass finanzielle Ressourcen gerecht und geschlechtergerecht eingesetzt werden und um eine nachhaltige Entwicklung anzustreben, in der alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht gleiche Chancen und gleichen Zugang zu Ressourcen haben.

Gender Budgeting kann dazu beitragen, verschiedene Probleme anzugehen, die geschlechtsspezifische Ungleichheiten in der Haushaltsplanung und Ressourcenverteilung verursachen.

Beispiele für potentielle Bereiche zur Verbesserung des Gender Budgetings

- Unterfinanzierung von Bereichen, die Frauen betreffen:

Bereiche wie Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Bildung oder Gewaltschutz, die überwiegend von Frauen genutzt oder benötigt werden, sind häufig unterfinanziert. Gender Budgeting kann dazu beitragen, diese Unterfinanzierung zu identifizieren und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Mittel entsprechend zuzuweisen. Dies kann dazu beitragen, den Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen und Infrastrukturen für Frauen zu verbessern.

- Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede:

Gender Budgeting kann zur Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles beitragen, indem es auf die Förderung der finanziellen Gleichstellung abzielt. Durch eine geschlechterdifferenzierte Analyse der Lohn- und Beschäftigungsbedingungen können finanzielle Hindernisse und Ungleichheiten aufgedeckt werden. Gender Budgeting kann dazu beitragen, Maßnahmen zur Förderung von der Lohngleichheit zu entwickeln, wie z.B. die Umsetzung von Maßnahmen zur Entgelttransparenz oder die Förderung von frauenfreundlichen Arbeitsbedingungen.

- Geschlechtsspezifische Gewalt:

Gender Budgeting kann dazu beitragen, die Prävention und den Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu verbessern. Es kann dazu beitragen, Ressourcen für die Unterstützung von Opfern, Schutzmaßnahmen und Sensibilisierungskampagnen bereitzustellen. Durch die geschlechterdifferenzierte Analyse des Budgets können Lücken in der Finanzierung von Programmen gegen Gewalt aufgedeckt und entsprechende Maßnahmen zur Reduzierung von geschlechtsspezifischer Gewalt und zur Bereitstellung angemessener Unterstützung von Opfern ergriffen werden.

Best-Practise-Beispiele für erfolgreiche Umsetzungen

Es gibt bereits verschiedene Regierungen (auf kommunaler und Landesebene), die Gender Budgeting erfolgreich umgesetzt haben. Hier sind einige Beispiele:

1. Schweden: Schweden gilt als Vorreiter in der Umsetzung von Gender Budgeting. Die schwedische Regierung hat seit den 1990er Jahren Gender Budgeting in ihre Haushaltsplanung integriert. Sie haben ein System etabliert, das geschlechtsspezifische Analysen der Haushaltsmittel erfordert und sicherstellt, dass Ressourcen für Programme und Dienstleistungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter bereitgestellt werden. Dies hat dazu beigetragen, geschlechtsspezifische Ungleichheiten zu verringern und die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt und in der Politik zu fördern.⁴
2. Kanada: Kanada hat Gender Budgeting als strategisches Instrument zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit in der Haushaltsplanung eingeführt. Im Jahr 2017 führte die

⁴<https://www.government.se/information-material/2021/12/budge-for-gender--equality/>

kanadische Regierung ein Gender Budgeting Framework ein, das eine geschlechtsdifferenzierte Analyse und Bewertung der Haushaltsmaßnahmen beinhaltet. Dies hat zu einer verbesserten Berücksichtigung von Geschlechterfragen in den politischen Entscheidungsprozessen und zu Investitionen in Bereiche geführt, die Frauen und marginalisierten Geschlechtergruppen zugutekommen, wie z.B. Kinderbetreuung, Gewaltschutz und Frauenunternehmen.

3. Barcelona: Die Stadt hat Gender Budgeting als Teil ihres Planungsprozesses für den Haushalt eingeführt. Sie haben eine geschlechtsdifferenzierte Analyse ihrer Budgets durchgeführt und in Bereiche wie Kinderbetreuung, öffentlichen Verkehr und Gewaltschutz investiert, um die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen besser zu erfüllen.
4. Wien: Die Stadt Wien hat Gender Budgeting erfolgreich in ihre kommunale Haushaltsplanung integriert. Sie haben ein spezifisches Gender Budgeting Framework entwickelt, um geschlechtsspezifische Auswirkungen von Budgetentscheidungen zu analysieren und in die Förderung von Geschlechtergleichstellung im Bildungssystem, den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und die Unterstützung von Projekten zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt zu investieren.

Weitere Quellen

[Spiegel Kommentar](#)

[Informationen rund um Mythen](#)

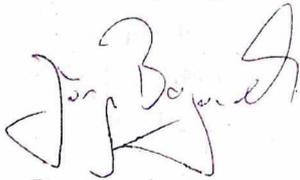
[Informationen vom österreichischen Sozialministerium](#)

[Leitfaden zur Analyse](#)

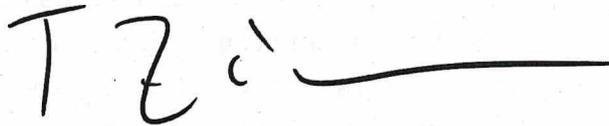
[Leitfaden zur Umsetzung von Gender Budgeting im Zuwendungswesen](#)

[Leitfäden und Checklisten für Gender Mainstreaming](#)

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Jörg Bogoczek in black ink, featuring a stylized 'J' and 'B'.

Jörg Bogoczek
Mitglied des Rats der Stadt Aachen

Handwritten signature of Tjark Zimmer in black ink, consisting of the letters 'Tz' followed by a long horizontal line.

Tjark Zimmer
Mitglied des Rats der Stadt Aachen

Fraktion DIE Zukunft · Johannes-Paul-II.-Str. 1 - 52058 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sybille Keupen
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB01

19. Juni 2023

Nr. 360/18

Volt



Fraktion DIE Zukunft im Rat
der Stadt Aachen
Johannes-Paul-II.-Str. 1
52058 Aachen

Aachen, 19.06.2023

Ratsantrag Photovoltaik-Anlagen aus europäischer Produktion

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktion DIE Zukunft beantragt im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung soll zum nächstmöglichen Zeitpunkt bei jeglicher Anschaffung von Photovoltaik (PV)- und Solarthermie-Anlagen für städtische Flächen und Gebäude ausschließlich auf Produkte aus europäischer Produktion zurückgreifen. Dabei soll die europäische Herkunft ein obligatorisches Merkmal der entsprechenden Ausschreibungen der Stadt Aachen sein. Außerdem soll die Richtlinie zur Förderung von Solaranlagen der Stadt Aachen so geändert werden, dass der Erwerb von PV- und Solarthermie-Anlagen aus europäischer Produktion gezielt gefördert wird.

Es soll zunächst überprüft werden, welche verwaltungsrechtlichen Möglichkeiten es für die spezifischen Beschaffungskriterien und Förderungen gibt.

Ausführung:

Die Stadt Aachen hat das Potenzial für emissionsarme, klimagerechte und ökonomisch vorteilhafte Energiegewinnung über PV-Anlagen erkannt. Gleichzeitig erhöht die Stromgewinnung aus erneuerbaren Energiequellen die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Folgerichtig ist ein Förderprogramm im Rahmen des Integrierten Klimaschutzkonzeptes (2020) eingerichtet sowie städtische Gebäude zum Teil mit PV-Anlagen ausgestattet worden.

Die wichtigsten Argumente für die Beschaffung von PV-Anlagen aus europäischer Produktion werden im Folgenden dargelegt:

I) Verringerung von Abhängigkeiten

Die Produktion der einzelnen PV-Bestandteile von Grundbestandteilen wie Polysilicon bis hin zu Siliziumwafern weist derzeit ein chinesisches Quasi-Monopol mit Marktanteilen von bis zu 96 % auf [IEA]. Damit macht sich Europa abhängig - Äquivalent zur Abhängigkeit von russischem Erdgas in der Vergangenheit. Um die politische Unabhängigkeit der Versorgung mit PV-Modulen zu gewährleisten, ist deshalb eine Diversifizierung der Lieferketten zwingend notwendig.

II) Sicherung europäischer Wertschöpfung und Schutz der europäischen Forschungsstandorte

Die Herstellung von PV-Anlagen und deren Bauteilen geht mit einer großen Wertschöpfungskette [Cengiz & Mamiş], welche derzeit außerhalb von Europa stattfindet. Gleichzeitig investieren die Länder und die Institutionen der Europäischen Union hohe Summen in die Forschung und Weiterentwicklung der PV-Technologie sowie deren Herstellung [De Negri et al.]. Folglich fließt dieses Know-How ab und Gewinne werden nicht in Europa erwirtschaftet und versteuert. Als einer der führenden Hochschulstandorte europaweit ist es im besonderen Interesse der Stadt Aachen, Innovation in einem europäischen Umfeld zu belassen und geistiges Eigentum zu schützen.

III) Emissionsarme Produktion & Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen

Die Produktion von PV-Anlagen führt zur Emission von umweltschädlichen und giftigen Substanzen. Aufgrund der Produktionsbedingungen gelangen diese in China teilweise in die Umwelt und führen zu gravierenden Auswirkungen [Qi, & Zhang]. Höhere europäische Produktionsstandards und -regularien, die zur Emissionsminderung und damit dem Schutz der Umwelt beitragen, stellen im internationalen Vergleich einen Wettbewerbsnachteil dar [Rubashkina et al.], obwohl diese für eine nachhaltige Produktion grundlegend sind.

IV) Quellennachweis

[Cengiz & Mamiş] Cengiz M.S., Mamiş, M.S. (2015), Price-Efficiency Relationship for Photovoltaic Systems on a Global Basis, International Journal of Photoenergy, 2015
[De Negri et al.] De Negri J.F., Pezzutto S., Gantioler S., Moser D., Sparber W. (2020) A Comprehensive Analysis of Public and Private Funding for Photovoltaics Research and Development in the European Union, Norway, and Turkey. Energies; 13(11), 2743.
[IEA] International Energy Agency (2021), Solar PV Global Supply Chains.
[Qi & Zhang] Qi, L., Zhang, Y. (2017) Effects of solar photovoltaic technology on the environment in China. Environ Sci Pollut Res 24, 22133–22142.
[Rubashkina et al.] Rubashkina, Y., Galeotti, M., Verdolini, E. (2017), Environmental regulation and competitiveness: Empirical evidence on the Porter Hypothesis from European manufacturing sectors, Energy Policy 83, 288-300.

Mit freundlichen Grüßen



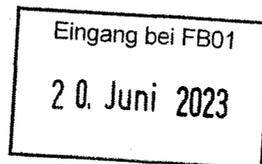
Jörg Bogoczek

Mitglied im Rat der Stadt Aachen



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen



Nr. 361/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 36/2023 (Grüne)
183/23 (SPD)

Aachen, 20.06.2023

Ratsantrag

Multifunktionsfläche Birkstraße

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen der Grünen und der SPD im Rat der Stadt Aachen beauftragen die Verwaltung, die Planungen zu einer Multifunktionsportfläche in der unteren Birkstraße aufzunehmen (ggf. unter Heranziehung von externen Planungsleistungen) und die nötigen Mittel im Haushalt für das Jahr 2024 bereitzustellen, um eine Umsetzung des Projekts 2024 zu realisieren.

Begründung:

Im Haushalt 2023 wurden nach Antrag der Grünen- und der SPD-Fraktion Mittel für die Planung und Installation einer Multifunktionsportfläche in der unteren Birkstraße bereitgestellt. Diese Mittel wurden unlängst wegen fehlender Planungskapazitäten in der Fachverwaltung zur Deckung anderer Bereiche herangezogen. Der politische Wille, die Installation einer Multifunktionsportfläche zu realisieren, besteht jedoch unverändert fort. Die Realisierung soll daher über die notwendige Bereitstellung der Mittel für den kommenden Haushalt 2024 sichergestellt werden, um so weitere Verzögerungen zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Schaadt

Fraktionssprecher GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Silke Bergs

Ratsfrau Grüne

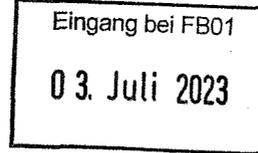
Dr. Julia Oidtmann

Ratsfrau SPD



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen



Nr. 362/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 37/2023 (Grüne)
184/23 (SPD)

Aachen, 03.07.2023

Kreislaufwirtschaft lokal stärken: Reparatur von Elektrogeräten fördern

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Fördermöglichkeiten auf Landes- oder Bundesebene zu prüfen für das Ziel, die Wirtschaftlichkeit einer Reparatur von kleinen und großen Elektrogeräten für die Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Neukauf zu verbessern. Sollte es Möglichkeiten dieser Art bislang nicht geben, sollen entsprechende Initiativen auf den übergeordneten Ebenen angeregt werden.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, in Zusammenarbeit mit lokalen Akteur*innen wie dem Repaircafé, dem WABe e.V. und der Verbraucherzentrale Maßnahmen abseits finanzieller Förderungen zu erarbeiten, um auch darüber hinaus als Kommune die Reparatur von Elektrogeräten zu unterstützen.

Begründung

Mit der Unterzeichnung der Circular Cities Declaration im Jahr 2021 hat sich die Stadt Aachen ambitionierte Ziele für die Transformation hin zu einer Kreislaufwirtschaft gesetzt. Entscheidend für die konkrete Umsetzung sind neben bundesweiten Gesetzen und Verordnungen auch kommunale Maßnahmen wie Beratungs- und Förderprogramme.

In Elektrokleingeräten wie Smartphones, Computer und Co. sind zahlreiche seltene und wertvolle Rohstoffe verbaut. Der Abbau dieser Rohstoffe geht in den Herkunftsländern meist zu Lasten der Umwelt und der Menschen, die dort leben. Oft werden in elektrischen Geräten bewusst Kleinteile mit einem geringen Einzelpreis aber begrenzter Lebensdauer verbaut, um die Konsument*innen zu Neukäufen zu bewegen („geplante Obsoleszenz“). Oft könnten diese Geräte mit einer kleinen Reparaturleistung weiter genutzt werden.

Auch Elektrogroßgeräte wie Waschmaschinen, Spülmaschinen, Mikrowellen und Kühlschränke werden häufig entsorgt, wenn sie einen Schaden aufweisen, auch wenn dieser mit einem überschaubaren Aufwand reparabel gewesen wären.



Um die Nutzung solcher Geräte zu verlängern, und damit auch die Ressourcenschonung und den Umweltschutz zu erhöhen, wäre die Reparatur der weitaus sinnvollere Weg. Leider sind die Preise für die Reparatur allerdings oft so hoch, dass sie zum Teil Neupreis-Niveaus erreichen und als unwirtschaftlich angesehen werden.

Um die Reparatur im Vergleich zum Neukauf attraktiver zu machen, sollte perspektivisch das Ziel verfolgt werden, eine finanzielle Förderung zu etablieren. Diese kann sich am Beispiel des „Reparaturbonus 2.0“ des Landes Thüringen¹ orientieren, in dessen Rahmen 50 Prozent der Reparaturkosten bzw. der Kosten für das Ersatzteil bei einer Reparatur im Repair-Café mit einem Deckel von 100€ pro Person und Jahr übernommen werden. Da die Kosten für ein solches Programm den wirtschaftlichen Handlungsspielraum der Stadt Aachen voraussichtlich übersteigen würden, soll zunächst geprüft werden, ob es Fördermöglichkeiten für ein solches Programm auf Bundes- oder Landesebene gibt, die von der Stadt genutzt werden könnten, um ein entsprechendes Programm ins Leben zu rufen. Sollte dies nicht der Fall sein, soll für eine solche Förderung geworben werden.

Schon heute gibt es Aachen verschiedene Initiativen, die eine Reparatur von Elektrogeräten unterstützen, z.B. Repaircafés. Diese sollen entsprechend ihrer Bedürfnisse von der Stadt Aachen unterstützt werden, um ihr Programm bekannter zu machen, es ggf. auszuweiten und damit eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

Julia Brinner

Fraktionssprecherin GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Birdal Dolan

Wirtschaftspolitischer Sprecher GRÜNE

Sebastian Becker

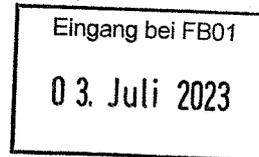
Wirtschaftspolitischer Sprecher SPD

¹ <https://www.reparaturbonus-thueringen.de/>



Grün-Rote Koalition im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen



Nr. 363/18

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 432 7217 (Grüne)
0241 432 7215 (SPD)

Antrag Nr. 38/2023 (Grüne)
185/23 (SPD)

Aachen, 03.07.2023

Ratsantrag

Pilotprojekt Kreislaufwirtschaft in der Baubranche:

Wiederverwertung von Baustoffen und Bauprodukten aus dem Abbruch eines städtischen Gebäudes

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktion von GRÜNEN und SPD beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah ein Pilotprojekt für eine „Urbane Mine“ im Sinne der Kreislaufwirtschaft für die Baubranche zu etablieren.

Konkret sollten im Rahmen des Abrisses eines Gebäudes so viele Bauteile und Baustoffe wie möglich entnommen, lokal zwischengelagert oder wiederaufbereitet und in zeitlich und räumlich naheliegenden Baumaßnahmen wiederverwendet werden.

Fördermöglichkeiten für die entstehenden Mehrkosten sollen evaluiert und mit dem Träger der Maßnahme abgestimmt werden. Der Prozess soll nach Möglichkeit aufgrund seiner Vorbildwirkung öffentlich kommuniziert werden.

Begründung

- Der CO₂-Ausstoß des Bausektors ist ungebremst hoch, die Kreislaufwirtschaft ist ein wesentlicher Teil der Bauwende und leistet einen unverzichtbaren Anteil zur Erreichung der Klimaschutzziele.
- Das Müllaufkommen aus dem Bausektor ist mit ca. 60% an der Gesamt-Mülltonnage immens und muss reduziert werden.
- Der Materialverbrauch der Bauwirtschaft mit ca. 50% des Gesamt-Materialverbrauchs der Menschheit muss reduziert werden, um den planetaren Grenzen gerecht zu werden und den world-overshoot-day wieder nach hinten zu schieben.



- Wir brauchen lokale Projekte, an denen eine Kommune lernen kann und vorbildhaft vorangeht, um zu zeigen: Vieles ist schon möglich, wenn man nur will.
- Der Förderrahmen und die langfristige Nutzerperspektive fordern und ermöglichen einen finanziellen und zeitlichen Rahmen, der die Umsetzung eines Pilotprojektes im Sinne eines learning-by-doing ermöglicht.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Schaadt

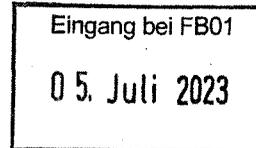
Fraktionssprecher GRÜNE

Michael Servos

Fraktionsvorsitzender SPD

Fraktion DIE LINKE · Verwaltungsgebäude Katschhof · 52058 Aachen

Frau
Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen



Aachen, 5. Juli 2023

Nr. 364/18

**Ratsantrag:
Bereitstellung des Tivolis für die Deutsche Alternative Fußball-Meisterschaft 2024**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

wir beantragen im Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Zur Ausrichtung des Turniers um die Deutsche Alternative Fußballmeisterschaft 2024 wird den Kullen Nullen das Tivoligelände im kommenden Jahr kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Begründung

Die Aachener Kullen Nullen haben 2023 in Berlin die Deutsche Alternative Fußballmeisterschaft gewonnen und sind im kommenden Jahr Ausrichter des Turniers.

Bislang wurde der Bunten Liga die Nutzung des Aachener Tivoli nur ein einziges Mal in den 1990er Jahren gestattet. Ansonsten musste stets die Gastfreundschaft unserer niederländischen Nachbarn in Lemiers und Landgraaf in Anspruch genommen werden. Bereits vier Mal wurden Endrundenturniere um die Deutsche Alternative Meisterschaft dort ausgetragen.

Das kommende Jahr bietet sich daher in besonderer Weise an, dem alternativen Fußball eine angemessene Bühne in unserer Stadt bereitzustellen und den Kullen Nullen den Aachener Tivoli kostenfrei für das Turnier um die Deutsche Meisterschaft 2024 zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Leo Deumens

Marius Philipp

Marc Beus

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Aachen
Verwaltungsgebäude Katschhof
Räume 137 – 139
52058 Aachen
Telephon: 0241 / 432 7244
fraktion.dielinke@mail.aachen.de

Frau
Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Eingang bei FB01

0 1. Aug. 2023

Nr. 365/18

Aachen, 1. August 2023

Ratsantrag

Beendigung des stationslosen E-Scooter-Verleihs

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Sondernutzung öffentlichen Straßenraums durch stationslosen Verleih von E-Scootern zu beenden.

Begründung

Bei der Einführung des E-Scooter-Verleihs wurde durch die Verleiher*innen zugesichert, dass verkehrsbehindernd auf Bürgersteigen abgestellte E-Scooter zeitnah entfernt werden. Tatsächlich geschieht dies üblicherweise erst nach Stunden, wenn die Roller ohnehin eingesammelt werden, um sie neu zu laden.

Angesichts dessen, dass die Bürgersteige vielerorts deutlich unterhalb der *Empfehlungen für Fußgängerverkehrsanlagen – EFA 2002* liegen, können weitere Einschränkungen für Fußgänger*innen nicht hingenommen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Deumens



Ulla Epstein



Andreas Nositschka

**CDU**FRAKTION IM RAT
DER STADT AACHEN

CDU-Fraktion im Rat der Stadt – 52058 Aachen

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen
Frau Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB01

09. Aug. 2023

Nr. 366/18

Geschäftsstelle:

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen
Raum 111

Telefon 0241 / 432 7211

Fax 0241 / 432 7222

cdu.fraktion@mail.aachen.de

www.cdu-fraktion-aachen.de

CDU 23.027

Aachen, den 09.08.2023

RATSANTRAG**Fortführung und Verstetigung des Projekts „Move On“**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen, beschließt die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verstetigung des Projekts „Move On“ der Bürgerstiftung Lebensraum Aachen bereitzustellen. Die für die Folgejahre erforderlichen Mittel sind bei der Erstellung des Haushaltsplanentwurfes zu berücksichtigen.

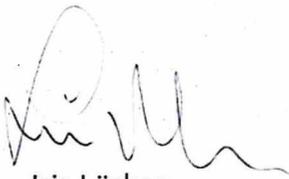
Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Bürgerstiftung Lebensraum Aachen die Rahmenbedingungen der Förderung zu erarbeiten und diese dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung

Das Projekt „Move On“ bietet Kindern mit körperlichen, geistigen und sozial-emotionalen Einschränkungen die Möglichkeit, sich innerhalb eines geschützten Raumes spielerisch zu bewegen. Dazu werden durch ehrenamtlich tätige Fachleute betreute Spiel- und Bewegungszeiten in einer Aachener Freizeithalle angeboten.

Das Projekt ermöglicht den oft benachteiligten Kindern, ihren Bewegungsdrang ohne Leistungs- und Vergleichsdruck auszuleben. Dies fördert die Entwicklung der Persönlichkeit und kann dazu beitragen, den Kindern ein selbständigeres Leben zu ermöglichen. Diese positiven Effekte sind bereits bei den teilnehmenden Kindern feststellbar.

Das Projekt wurde bisher von der „Aktion Mensch“ finanziert. Diese Förderung läuft jedoch im September 2023 aus. Um eine Fortführung und Verstetigung dieses wichtigen Projekts zu gewährleisten, spricht sich die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen dafür aus, es mit städtischen Mitteln zu fördern. Um Finanzierungslücken in zeitlicher Hinsicht zu vermeiden, sollen die erforderlichen Mittel für das Jahr 2023 unterjährig zur Verfügung gestellt werden. Das langfristige Bestehen des Projekts soll durch eine Berücksichtigung im Rahmen der Haushaltsplanung für die Folgejahre gewährleistet werden. Um eine bedarfsorientierte Förderung sicherzustellen, ist eine Erarbeitung der Rahmenbedingungen gemeinsam mit der Stiftung Lebensraum Aachen sinnvoll.



Iris Lürken
Fraktionsvorsitzende

Fraktion DIE Zukunft · Johannes-Paul-II.-Str. 1 - 52058 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sybille Keupen
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB01

09. Aug. 2023

Nr. 367/18

Volt

UWG
BASISDEMOKRATISCH
UNABHÄNGIG
ÖKOLOGISCH
AACHEN



Fraktion DIE Zukunft im Rat
der Stadt Aachen
Johannes-Paul-II.-Str. 1
52058 Aachen

Aachen, 09.08.2023

Ratsantrag: Aufstockung der Förderung von Solaranlagen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

wie der lokalen Presse und der Internetseite der Stadt Aachen zu entnehmen war, sind die Mittel zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen (sog. Steckersolaranlagen, feste Dachinstallationen und Batteriespeicher) aufgebraucht. Die private Energiewende in Bürgerhand ist aber aus unserer Sicht weiterhin auf eine Förderung angewiesen.

Daher beantragt die Fraktion DIE Zukunft, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat beschließt die Aufstockung der Solarförderung über den 15. August 2023 hinaus. Hierzu sind für die Monate September bis Dezember 800.000 € bereitzustellen.
2. Für das Haushaltsjahr 2024 soll eine Förderung in Höhe von 2,5 Mio. € eingestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Szagunn
Sprecher Fraktion DIE Zukunft

Fraktion DIE Zukunft · Johannes-Paul-II.-Str. 1 - 52058 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sybille Keupen
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB01

11. Aug. 2023

№. 368/18

Volt



Fraktion DIE Zukunft im Rat
der Stadt Aachen
Johannes-Paul-II.-Str. 1
52058 Aachen

Aachen, 11.08.2023

Ratsantrag: Anlage von Fußgängerüberwegen im Driescher Hof

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

im Stadtteil Forst, genauer im Ortsteil Driescher Hof befinden sich die Grundschule Driescher Hof, die Kindertagesstätte Stettiner Straße, die Kinder- und Jugendhilfe Driescher Hof sowie die Kindertagesstätte Arche Noah im Bereich zwischen Königsberger und Stettiner Straße. Zusätzlich befinden sich die Kindertagesstätte Königsberger Straße und die Kita Johannstraße in diesem Viertel. Sowohl auf der Stettiner Straße als auch auf der Königsberger Straße sind keine Fußgängerüberwege / Zebrastreifen angelegt, über die Kinder und Eltern diese Straßen sicher auf dem Weg zu und von diesen Einrichtungen überqueren können.

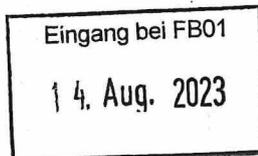
Die Fraktion DIE Zukunft beantragt daher, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Bereich Fußgängerüberwege zu planen und zu errichten.

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Szagunn
Sprecher Fraktion DIE Zukunft

Frau
Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus der Stadt Aachen
Markt
52058 Aachen



Nr. 369/18

Aachen, den 11. August 2023

**Ratsantrag
Trinkwasserspender auf Spielplätzen**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen bittet die Verwaltung, die Installation von Trinkwasserspendern auf Spielplätzen der Stadt Aachen zu prüfen.

Begründung:

Wasser gehört zu den Basisbausteinen einer guten Hitzevorsorge. Ausreichende Flüssigkeitszufuhr ist gerade für Kinder enorm wichtig. Kinder sind besonders gefährdet, eine Dehydratation zu entwickeln, da sie einen höheren unbemerkten Wasserverlust und eine höhere Stoffwechselrate haben. Deshalb sollte auf Spielplätzen Trinkwasser - entweder aus dem Leitungsnetz oder etwa wie in Hamburg als mobile Wasserspender - kostenfrei zur Verfügung stehen.

Mit freundlichen Grüßen



Wilhelm Helg
Fraktionsvorsitzender



Gisa Haring
Sprecherin im Kinder- und Jugendausschuss

**CDU**FRAKTION IM RAT
DER STADT AACHEN

CDU-Fraktion im Rat der Stadt – 52058 Aachen

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen
Frau Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB01

16. Aug. 2023

Nr. 370/18

Geschäftsstelle:
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen
Raum 111

Telefon 0241 / 432 7211
Fax 0241 / 432 7222
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

CDU 23.029

Aachen, den 16.08.2023

RATSANTRAG**Neu-Arrangement der Portraits der ehemaligen Oberbürgermeister im Sitzungssaal des Haus Löwenstein**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Sammlung der Portraits im Sitzungssaal des Hauses Löwenstein neu zu arrangieren und sich um eine Komplettierung der Sammlung zu bemühen.

Begründung

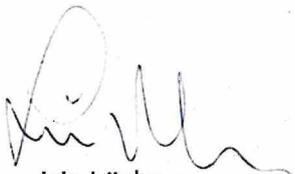
Die Stadt Aachen bringt ihren ehemaligen Oberbürgermeistern und dem von ihnen geleisteten Dienst am Gemeinwohl traditionell ein hohes Maß an Anerkennung entgegen. Sie alle standen den großen Herausforderungen ihrer jeweiligen Zeit gegenüber. Und sie alle haben auf ihre unverwechselbare Weise ihr Bestes gegeben, um unsere Stadt durch die Geschichte in eine bessere Zukunft zu führen.

Die im Sitzungssaal des Hauses Löwenstein präsentierten Portraits sollen ein ganz besonderer Ausdruck der Wertschätzung der ehemaligen Stadtoberhäupter sein. Zugleich sind die Portraits Sinnbild des jeweiligen Zeitgeistes und damit Ausdruck eines Abschnitts unserer

Stadtgeschichte. Die vorhandene Hängung folgt erkennbar weder ästhetischen noch historiographischen Kriterien.

Wir sprechen uns daher dafür aus, die Portraits neu zu arrangieren, um dem Anliegen der Würdigung der Alt-Oberbürgermeister und ihrer Arbeit gerecht zu werden und zugleich den repräsentativen Charakter des Saales zu heben. Dies sollte kunstkuratorisch begleitet werden.

Zudem ist die Sammlung der Portraits insbesondere in Hinblick auf die jüngste Vergangenheit nicht komplett. Wir wollen die Verwaltung deshalb bitten, sich um eine Komplettierung der Sammlung zu bemühen.



Iris Lürken

Fraktionsvorsitzende



CDU-Fraktion im Rat der Stadt – 52058 Aachen

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen
Frau Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB01

16. Aug. 2023

Nr. 371/18

Geschäftsstelle:
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen
Raum 111

Telefon 0241 / 432 7211
Fax 0241 / 432 7222
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

CDU 23.031

Aachen, den 16.08.2023

RATSANTRAG

Einstellung der Planung zur L 221n – Ortsumgehung Eilendorf

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf das Land einzuwirken, die Planung zur L 221n endgültig einzustellen. Hierzu soll auch ein angepasster Beitrag der Stadt Aachen für den Regionalplan gefertigt werden.

Begründung

Die Planungen und Überlegungen zur Ortsumgehung Eilendorf reichen bis in die 1990er Jahre zurück und sind seither mehrfach grundlegend geändert worden, zuletzt durch die Herausnahme der Planungen für eine Ortsumgehung Brand entlang des Brander Walds und durch das Indetal, welches nun unter Naturschutz steht. Die aktuell verbleibende Planung sieht nur noch eine Ortsumgehung für ein Teilstück der von-Coels-Straße sowie einen Autobahnanschluss vor.

Hierzu ist das Gutachten zu den verkehrlichen Auswirkungen der Ortsumgehung Eilendorf von uns eingesehen und in dem Zuge durch Straßen.NRW kürzlich veröffentlicht worden. Dieses enthält neben der Analyse des derzeitigen Zustands (Stand 2018), eine Prognose für das Jahr 2030 im Fall des Nicht-Baus der Ortsumgehung (Prognose-Null-Fall), eine Prognose für das Jahr 2030 im Fall des Baus der Ortsumgehung (Prognose-Plan-Fall) sowie Einschätzungen zu den Belastungen der Knotenpunkte.

Das Gutachten zeigt deutlich, dass selbst ohne den Bau der Ortsumgehung bis zum Jahr 2030 eine deutliche Zunahme der Verkehrsströme zu erwarten ist. Dies verändert sich auch nicht grundlegend im Falle eines Baus der Umgehungsstraße. Die hier folgenden Entlastungen sind direkt verbunden mit Belastungen in ähnlicher Größenordnung an anderer Stelle. Bezeichnenderweise sind sowohl von Entlastung als auch von Belastung in weiten Teilen die selben Anwohner betroffen. Die beabsichtigte deutliche Entlastung findet somit im Ergebnis nicht statt. Auch sind – mit Ausnahme eines kleinen Teilstücks – keine Lärmschutzmaßnahmen vorgesehen, die eine weitere Entlastung schaffen könnten.

Lokal gesehen wäre die L 221n ein massiver Eingriff in die Umwelt und den Boden und hätte deutliche Auswirkungen auf die Flächenversiegelung, die Nutzbarkeit von landwirtschaftlichen Flächen und die städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten in Eilendorf.

Die L 221n sollte zudem die verkehrliche Anbindung der Stadt Stolberg verbessern. Hierzu hat die StädteRegion gemeinsam mit der Stadt Stolberg den Beschluss gefasst, eine Anbindung über die L 238n (Eschweiler) anstelle der L 221n zu präferieren. Somit ist eine Abwicklung der Stolberger Verkehre über Eilendorf und Brand nicht mehr erforderlich.

In Anbetracht der fehlenden tatsächlichen Entlastung, der aufgeführten Nachteile und der nicht mehr gegebenen Notwendigkeit im interkommunalen Kontext, ist eine Fortführung dieses Projekts obsolet. Dies soll auch dem Land gegenüber zum Ausdruck gebracht werden und die entsprechenden, sich derzeit in Überarbeitung befindlichen Planwerke auf Ebene des Landes und des Regionalrates angepasst werden.

Durch den Wegfall der Umgehungsstraße entfallen auch eine Reihe begleitender Maßnahmen. Dies sind insbesondere die Stärkung des Radwegenetzes und der Umbau der Kreuzung Debyestraße-Nordstraße-Freunder Straße. Hierfür müssen zeitnah Alternativen entwickelt werden. Auch die im Gutachten aufgezeigten zunehmenden Verkehrsströme in Eilendorf müssen im Rahmen des Mobilitätskonzeptes Eilendorf betrachtet werden.

Sofern im Flächennutzungsplan über nachrichtlich übernommene Darstellungen hinaus Angaben zur L 221n gemacht worden sind, soll geprüft werden, ob der FNP diesbezüglich zu ändern ist.

Mit freundlichen Grüßen



Iris Lürken
Fraktionsvorsitzende



Gaby Breuer
mobilitätspol. Sprecherin

Fraktionen • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Eingang bei FB01

16. Aug. 2023

Nr. 372/18

Geschäftsstellen
Verwaltungsgebäude Katschhof
52062 Aachen

Frau
Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Aachen, 16. August 2023

RATSANTRAG

Förderung von Fassadenbegrünung beim Umbau von Straßen und Plätzen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

der Rat der Stadt Aachen möge beschließen:

*Bei der Umgestaltung von Straßen und Plätzen, z. B. Bachoffenlegungen oder Premiumfußwegen, werden Hauseigentümer*innen über die Möglichkeit der Fassadenbegrünung informiert und beraten.*

Entsprechende Pflanzbeete für eine Fassadenbegrünung sollen dann direkt im Zuge des Straßenumbaus in die Gehwege integriert werden.

Die Planungs- und Baukosten sowie die Erstbepflanzung werden von der Stadt übernommen.

Das Projekt sollte mit der geplanten Bachoffenlegung in der Klappergasse beginnen und kann möglicherweise noch beim Umbau der Jakobstraße berücksichtigt werden.

Begründung

Begrünte Fassaden leisten unter anderem einen wichtigen Beitrag zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Seit etwa einem Jahr existiert das städtische Programm zu Förderung der Dach- und Fassadenbegrünung. Dieses wird jedoch bisher nur in geringem Umfang in Anspruch genommen. Durch die oben beantragten Maßnahmen soll die Bekanntheit des Förderprogramms gesteigert und die Zahl der begrünten Fassaden in Aachen erhöht werden.

Mit freundlichen Grüßen

Julia Brinner (Grüne)

Iris Lürken (CDU)

Heike Wolf (SPD)

Christoph Allemant (DIE Zukunft)

Peter Blum (FDP)

Andreas Nositschka (DIE LINKE)